

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 143.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.  
Jährlich 150 Nummern.  
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich  
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 11. Dezember 1906.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene  
Nonpareilzeile 25 Pfennig;  
Veranstaltungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt  
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

44. Jahrg.

## Der neue Tarif.

V.

### Das materielle Ergebnis.

Ihrer Bedeutung entsprechend, wollen wir uns zunächst mit der allgemeinen Lohnerhöhung beschäftigen. Weil auf diesen Punkt das Hauptinteresse der Kollegen gerichtet war, ist es erklärlich, daß hier die Kritik am schärfsten einsetzte. Nur einige Proben davon:

„... Ein Sturm der Entrüstung über das Ergebnis der Verhandlungen rauschte durch den Saal...“

(Straßburg.)

„... Das Wohl des Gewerbes (lies: der Prinzipale) über alles war die Lösung unserer Vertreter...“

(-tr.-Lübenst.)

„... Die Haltung der Gehilfenvertreter bei Ausübung ihres Mandates sei gerabezu als verräterisch zu bezeichnen...“

(Hömer-Köln.)

„... Die erzielten Verbesserungen seien kaum der Rede wert und als ein Schlag ins Gesicht der Gehilfen zu betrachten...“

(Stuttgarter Debatte.)

Es ist begreiflich, daß angesichts der seit Jahren sich stetig steigenden Preise namentlich für Lebensmittel und Wohnungen die Gehilfenschaft fest davon überzeugt war, ihre Vertreter würden unter allen Umständen die 15 Proz. Lohnerhöhung mit nach Hause bringen — oder die äußersten Konsequenzen ziehen. Ganz richtig sagt Kollege Schaeffer in seinem bereits erwähnten Artikel: „Man muß es verstehen, was es heißt, in der heutigen Zeit mit dem minimalen Einkommen eines Buchdruckers eine Familie über Wasser zu halten“, und: „daß es uns Gehilfen bei der tagtäglichen Sorge um das liebe Brot unheimlich schwer fällt, ja beinahe unmöglich ist, die Dinge anders als nach der Magenfrage zu beurteilen.“

Über freilich: „Das Wohl des Gewerbes (lies: der Prinzipale) über alles, war die Lösung unserer Vertreter.“ Wirklich? Hatten unsere Vertreter kein Verständnis für die berechtigten Klagen des Kollegen Schaeffer, waren sie schon so „verhöchert“, so den Lebensinteressen der Gehilfen welfremd geworden, daß ihnen die tatsächliche wirtschaftliche Lage der Gehilfenschaft nicht mehr gegenwärtig war? Wer glaubt das im Ernste? Waren unter der etwa fünfzigköpfigen Versammlung, welche Ausdehnung der Gewerbestehungs- und Gehilfenvertreterkonferenz unter Hinzuziehung der Spartenvertreter genommen hatte, lauter Verbandsbeamte, „Männer vom grünen Tische, die nicht mehr arbeiten“, oder bestand nicht vielmehr das Großteil der Teilnehmer aus solchen Gehilfen, die heute noch praktisch im Druckereibetriebe tätig sind? Und in dieser Konferenz erhob sich keine Stimme, die an die Verwirklichung einer allgemeinen 15prozentigen Lohnerhöhung glaubte — weil vorher die allgemeine gewerbliche Lage gründlich durchbesprochen und im internen Kreise auch diejenigen Dinge erörtert wurden, welche vor der Öffentlichkeit zu behandeln nie möglich sein wird, die aber für die Haltung der Gehilfenvertreter ebenfalls maßgebend sein mußten. Und außerdem, welche Forderungen hatte denn die Gehilfenschaft zur Gewerbesteherkonferenz gestellt? Etwa eine einheitliche Forderung von 15 Proz.? Nein, die Anträge lauteten auf 2 1/2, 5, 7 1/2, 10, 12 1/2, 15 und 20 Proz. Waren diese Anträge alle von dem Ernste getragen: entweder — oder!? Nein, man sagte sich, man müsse eben mehr verlangen, weil doch

gehandelt wird. Heute aber sind die Gehilfenvertreter Verräter, weil sie den Durchschnitt der gestellten Forderungen auch erreicht haben. Es ist trotlos, mit welcher Oberflächlichkeit die wichtigsten wirtschaftlichen Fragen abgetan werden.

„Die Forderungen der Arbeiter sind stets berechtigte, ob sie aber durchführbar sind, darauf allein kommt es im Wirtschaftsleben an“, schreiben wir in Nr. 122, und an der Wahrheit dieses Satzes wird, solange das privatkapitalistische Wirtschaftssystem besteht, leider nichts geändert werden können. Darum sind wir eben nicht bloß Gewerkschaftler, sondern auch Sozialisten, weil wir eine andre Wirtschaftsform erstreben, auf daß der Arbeiter in seiner Gesamtheit im vollen Umfange zu einem wahrhaft menschenwürdigen Dasein gelangen kann. Um keinen Irrtum aufkommen zu lassen, bemerken wir, daß nach unserm Verständnis der Sozialismus eine Frage der Wissenschaft und des praktischen Arbeitens auf dem Wirtschaftsgebiete ist und mit der Knippelattik sich sozialistisch schimpfender Blätter, wie „Leipziger Volkszeitung“ usw. in direktem Gegensatz steht. Die Bahnbrecher des Sozialismus in Deutschland werden einmal die großen wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter sein — demgemäß sind gemäß ihres Verhaltens solche Schimpforgane das größte Hindernis für sozialistisches Streben.

Doch das nur nebenbei. Den Kollegen muß es aber einleuchten, daß unser Tarif, wie wir schon in Nr. 121 ausführten, nicht wirtschaftliche Gesetze umzustößen und für das Buchdruckergewerbe das Dasein und die Wirkungen der privatkapitalistischen Produktionsweise nicht auszuschalten vermag. Dieses Kunststück gelingt heutzutage niemand und auch nicht den „verräterischen“ Gehilfenvertretern. Darum kann man wohl die Ausführungen Schaeffers würdigen, muß sie aber doch in ihren Schlussfolgerungen aufs schärfste zurückweisen.

Wie würde sich denn in der Zukunft die „Magenfrage“ der Gehilfen gestalten, wenn die Gehilfenvertreter in Verkennung der Sachlage dem ersten Sturm der Gehilfenschaft nachgegeben und ihr die Anwendung der schärferen Taktik empfohlen hätte? Ja, wenn man so etwas probeweise machen könnte, wenn es sich dabei nicht gleich immer um Sein oder Nichtsein handeln würde, dann wäre es ein Kleines, die Haltung der Gehilfenvertreter durch die Tatsachen rechtfertigen zu lassen. So aber steht bei einem derartigen Experimente auf Jahrzehnte hinaus die Existenz der Organisation in Frage. Und an den wirtschaftlichen Tatsachen, an den gewerblichen Verhältnissen, an dem, was jeder beinahe mit Händen greifen kann, würde die Ablehnung der 10 Proz. und ein eventueller Kampf für uns mit einem totalen Fiasko geendet haben. Die Tatsache, daß 10 Proz. Lohnerhöhung für eine menschenwürdige Existenz der Gehilfen nicht ausreichen, hat nicht das Geringste damit zu tun, daß die Allgemeinheit des Gewerbes zurzeit zu höheren Leistungen nicht gezwungen werden kann. Daran wird auch dadurch nichts geändert, wenn eine schmutzige Phantasia uns unterstellt, wir hätten uns von Rücksichten auf die Prinzipale leiten lassen, derartiges zu behaupten. Wer die Kraft in sich fühlt, unser heutiges Wirtschaftssystem meistern

zu können, der mag es versuchen, wir halten uns für verpflichtet, belehrend und nicht verhöhrend zu wirken. Will man oder kann man das nicht einsehen, dann ist es ein Unglück für das Zusammenarbeiten auf dem Tarifgebiete, aber rechnen muß man trotzdem mit dem, was ist. Andererseits gibt es auch in Kollegentreifen nüchterne Beurteiler der Situation, die da sagen (Hensch-Warmbrunn): „Daß bei friedlichen Verhandlungen niemals die Forderungen der einen Seite voll erfüllt werden können, sollte doch für denkende Menschen klar sein. Ober sollten unsere Vertreter etwa die 10 Proz. Lohnerhöhung ablehnen und den Verband in einen Kampf treiben, dessen Folgen ganz unabsehbar wären?“ Und ein alter Kollege (R. D. in Frankfurt a. M.) schreibt: „Hat jemand in Wahrheit nur daran gedacht, daß die von uns gestellten Forderungen glatt bewilligt würden?“ Derartige Auffassungen in Kollegentreifen sollen wohl die Gehilfenvertreter darin bestärken, an die Ultima ratio zu appellieren?

Bis zu welchen Auswüchsen die Kritik an dem Erreichten führte, geht daraus hervor: „Jede andre Gewerkschaft habe das Minimum der Buchdrucker schon längst überschritten“ (Debatte in Frankfurt am Main), „die Buchdrucker ständen heute in bezug auf Lohn hinter anderen Gewerkschaften zurück“ (Debatte in Mainz), „man werde deshalb von den anderen Gewerkschaften nur lächerlich gemacht“ (Debatte in Stuttgart). Wie es wohl unseren Kollegen im Lande draußen zu Mutte wäre, wenn sie die „hohen Löhne“ anderer Gewerkschaften erhielten. Es ist gerabezu grober Unfug, was mit solchen Behauptungen geleistet wird, zumal immer nur die Löhne der Großstädte genannt sind, beileibe aber nicht die Löhne in der Provinz. Wiederholt ist schon im „Korr.“ auf den prinzipiellen Unterschied zwischen unsern nationalen Tarifen und den Sozialtarifen anderer Gewerkschaften hingewiesen, und darauf, daß wir einen Minimaltarif mit einem festen Wochenlohn, die anderen Arbeiter größtenteils aber Maximaltarife mit Stundenlöhnen haben. Unsere Kollegen machen sich gar keinen Begriff davon, was es heißt, im Stundenlohn zu stehen, der eben deshalb bei einzelnen Branchen so hoch gebracht werden konnte, weil alle die mannigfachen Störungen im Arbeitsprozesse auf Kosten der Arbeiter gehen, was namentlich bei den den Witterungsverhältnissen ausgesetzten Arbeiten sich nachteilig für die Arbeiter bemerkbar macht. Man frage doch einmal in Orten, wo das neue Minimum glatt 25 Mk. beträgt, wie hoch sich dort die Löhne anderer Arbeiter stellen! Und frage auch einmal nach dem Jahreseinkommen eines Maurers in Berlin und Hamburg. Unsere Prinzipale wären wohl jeden Augenblick bereit, mit uns Stundenlöhne zu vereinbaren, in den Großstädten sicherlich in der Höhe der bei anderen, uns jetzt als Muster angepriesenen Berufen bestehenden Löhne. Daß Dr. Kille sich für einen solchen Maximaltarif erwärmen kann, sollte uns zu denken geben. Uebrigens werden wir nach Abschluß der Tarifeinführung an der Hand des von uns bereits gesammelten Materials ziffernmäßig nachweisen, was es damit auf sich hat, daß wir wegen unsern Tarifausschlusses „von anderen Gewerkschaften nur lächerlich gemacht“ werden.

Wo sollten unsere Vorkämpfer den Mut hergenommen haben, in einem dardiederliegenden Gewerbe, bei einer zerrissenen Gehilfenschaft und oft unter den traurigsten Verhältnissen unverzagt weiterzuarbeiten, wenn die Gehilfenschaft sie als Vertreter beschimpft hätte, weil bei den jeweiligen Tarifberatungen eine volle Erfüllung aller berechtigten und notwendigen Forderungen der Gehilfenschaft herbeizuführen nicht möglich war? Was hätte nach heutigem Muster mit Gehilfenvertretern geschehen müssen, die zweimal (1876 und 1878) den Kollegen eine Tarifreduktion nach Hause brachten? Ein Beweis übrigens, daß über die Leistungsfähigkeit des Gesamtgewerbes hinausgehende Bewilligungen gemäß objektiver wirtschaftlicher Gesetze dauernd nicht haltbar sind. Was unter Ausnahmeverhältnissen 1873 erobert wurde, ging zum Teile — ohne Kampf! — 1876 und 1878 wieder verloren. Man lerne aus der Geschichte. Wie zurzeit die Verhältnisse im Gewerbe und in der Organisation stehen, befinden wir uns in einem gesunden Aufstiege, wollen wir da eigenmächtig die übermündete Strecke wieder zurücktrotzen, weil sich uns ein Stein in den Weg stellt? Wäre es unser würdig, so die Arbeit und die Opfer unserer Vorkämpfer zu lohnen, daß wir uns als unfähig erklären müssen, in ihrem Sinne weiter wirken zu können, daß wir verzagen, weil wir groß und stark geworden sind? Sollte es aber an Personen liegen, denen man kein Vertrauen mehr schenken kann, dann weg mit ihnen und andere her, aber laßt die Organisation intakt. So viel steht unerschütterlich fest: keiner der Gehilfenvertreter hat bei den Tarifberatungen anderen Tendenzen Rechnung getragen, als denen, das Möglichste für die Gesamtheit zu erreichen.

Erfchöpfen sich übrigens die Vorteile des materiellen Ergebnisses mit der 10prozentigen Lohnerhöhung? Wir wollen von anderen materiellen Verbesserungen jetzt nicht reden, weil wir darauf im nächsten Artikel zu sprechen kommen, aber man beachte, einmal die materielle Rückwirkung, der ganzen Tarifrevision auf unsre Organisation. Einmal tritt eine 10prozentige Verbesserung unsrer Lebenslage ohne besondere persönliche und pekuniäre Opfer ein, dann bleiben unsere Klassen intakt, weiter ist die Organisation imstande, sowohl in Bezug auf das Unterstützungsweisen wie der hierfür maßgebenden Ravenzen eventuell neue Erleichterungen zu schaffen und statt eines bei jedem Kampfe unausbleiblichen Abfalles von Mitgliedern kann der Verband im Gegenteile neue Agitationskraft entwickeln. Die seit einigen Wochen sich häufenden Aufnahmegeheude können schon als eine Frucht der neuerlichen Tatkraft des Verbandes bezeichnet werden. Die Gegner des Tarifes und des Verbandes, die schon das Schwert gezogen, müssen es wieder zurück in die Scheide stoßen — mit einem Worte: an einem bedeutsamen Wendepunkte in der Geschichte unsrer Organisation, quasi am Scheidewege des Herkules hat die Organisation sich die Wege für eine bessere Zukunft dauernd geebnet.

## Korrespondenzen.

G. Hagen. Wer heute einen Witz machte, der nicht den Hauptmann von Köpenick als Hauptperson verhandelt, der hätte einen Bombenerfolg. Denselben erging es dem Buchdrucker, der heute nicht von der Tarifrevision zu erzählen hätte. Denn die Reaktion hat alles ergriffen. Der See hat ausgetraut; nun gehen wir an Ufer entlang und sammeln die Karikaturen, die uns natürlich wieder verletzen zu einigen Reminiszenzen. Es geht doch nichts über eine schöne Opposition und — das muß man uns Rheinländern lassen — oppositionell waren wir ja immer bis auf die Knochen. Und es verlohnt sich der Mühe; das ist keine Opposition von alten Abgelenk, die immer und an allem etwas auszufehen haben, und sich dabei noch auf ihre Erfahrung base einbilden, nein, das sind junge, frische Truppen, das ist Glanz, fetter Kampfesmut, der sich nicht mit kleintlichen Bedenken aufhält. Ja, leider. Wie sagte doch zum köhnlischen Jubelstöße unser Rheinhäuser: „Wir müssen uns gewerkschaftlich mehr vermerken.“ Wir müssen logisch und historisch denken lernen.“ Weinade wäre uns das Denken wieder an der Logik vorbeigeht. Möge es das letztmal gewesen sein. Gerade Rheinland-Westfalen hat im Laufe seiner organisatorischen Entwicklung so nachdrückliche gewerkschaftliche Dyrefolgen erhalten, daß es etwas geleitet haben könnte. Und die Buchdrucker haben nirgends die gewerk-

schaftliche Ruhe gerade so nötig, wie hier an der Bruttstätte der gewerkschaftlichen Gladbader wie der Saarbrücker Schule. Wenn die opponierenden Großstädter nur einmal mühten eine Agitationstour auf das platte Land machen, in Druckorte, wo sich die Gassen und Plätze Gutemacht sagen, und noch der Ober Tarif eine Fata morgana ist und mühten mit Eingelungen das Evangelium des Tarifes verkünden, sie mühten schon andern Tags an ihre Brust schlagen und ihr Unrecht an den Provinzkollegen einseihen. Und ist an diesen Orten das Samenörlein aufgegangen, hat sich ein Ortsverein gegründet, und prangt der Meister selbst im Tarifverzeichnis, dann könnte noch der Unspargraph ererben, daß er sich Abtreiben läßt von der Matratze, mit der hier der Tarif ausgelegt wird, wo jeder „juristische“ Weistand mangelt und wo der junge Geleite nicht sein Rückgeat gefühlt fühlt vom Massentritte der Arbeiterbataillone. Man könnte erwidern, daß die Geschichte der Buchdrucker nichts zu tun hätten mit einem rbeliebigen Postmudel, aber es wäre eine böse Unterlassungsünde, wenn man das platte Land mit einer Handbewegung abtun wollte, denn hier ist der ewig sprudelnde Quell des Zuwachses zu verstopfen, der uns unerträglich mit neuen Arbeitskräften verfehlt, und zwar solchen mit der bekannten Kreisblattbildung, die bei der ersten 50 Pfg.-Zulage heiraten und wieder neue Buchdrucker zeugen oder in die zweite Welt gehen, um später dem Verbanne zur Last zu fallen. Daß in dieser Hinsicht noch viel zu tun ist in unserm Bezirke, das hat uns die fälschlich stattgehabte Bezirksvertreterversammlung gezeigt. Man komme nach Rheinland-Westfalen und betrachte die graue Wirklichkeit in selben Augenblicke, wo die Gesamtgehilfenschaft einen Schritt weiter aufwärts gehen soll. Es befaßt nicht nur des logischen Denkens, sondern auch des logischen, zähen Handelns, um der Schmaroger am Erwerbsebenen Herr zu werden, ganz abgesehen davon, wie sich die eigentliche Tarifreduktion entwickelt wird. Die „Geister“ sind ja nicht genügend aufeinander geprägt und haben sich gegenseitig angepaßt; das neue Jahr möge die Mitgliedschaften in voller Einigkeit auf den Plan rufen, dann wird auch diese reichliche Arbeit zu unsrer Zufriedenheit geleistet werden.

H. Bruchsal. In seiner Versammlung am 24. November hatte der hiesige Ortsverein unter anderem Beschlüsse zum neuen Tarife zu nehmen. Nach längerer Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Mitgliedschaft Bruchsal erklärt sich mit der zehnprozentigen Erhöhung der Grundposition sowie mit den vom Kreisamte IV festgesetzten Sätzen für die mit mehr als 3 Mk. über Minimum Entlohnten einverstanden, bedauert jedoch das Fortbestehen der Ausnahmebestimmung betreffs der neunzehnhalbständigen Arbeitzeit in Städten unter 20000 Einwohnern und hätte man nicht zuletzt im Interesse einer besserer Durchsührung des Organisationsvertrags, für die in der Nähe von Großstädten liegenden Orte etwas mehr Berücksichtigung erwartet.“ — Der Ortsverein begibt sein diesjähriges Stiftungsfeft durch Veranstaltung einer großen graphischen Ausstellung, die sich eines regen Besuches erfreute. Erzeugnisse der ersten Firmen Deutschlands waren reichlich vertreten und wurden auch teilweise dem Ortsverein überlassen, wofür den Spendern aller Dank gebührt.

E. Frankfurt a. M. Bezirksversammlung vom 16. November im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Zum drittenmale fanden sich die Kollegen zusammen, um über das „Was nun mit dem neuen Tarife und dem Verträge?“ zu beraten. Schon lange vor Beginn der Versammlung war der Saal dicht besetzt, galt es doch, ein Referat über die neuen Abmachungen von unserm, in der jetzigen Zeit so viel angefeindeten „Kor.“-Redakteur Rheinhäuser, der für die Festrede am nächsten Tage anlässlich der „Verbandsjubiläumfeier“ gewonnen worden war und aus diesem Anlasse unter uns wollte, entgegenzunehmen. In nahezu zweieinhalbständiger Rede be sprach Redner alle Momente, die für uns in dieser Sache von Wichtigkeit sind. Längere Ausführungen über die Rede selbst hier zu bringen, wäre Raumverschwendung, soviel sei aber gesagt, daß es dem Klaren und allgemein verständlichen Referate zu danken ist, daß nun auch Frankfurt a. M. seinen absehbenden Standpunkt aufgezeigt hat und sich mit den getroffenen Abmachungen, wenn auch bei weitem nicht zufrieden, so doch, in Anbetracht der ganzen Sachlage einverstanden erklärt. So wurde denn dem Referenten am Schlusse seines vortrefflichen Referates lobhafter Beifall zuteil. In der Diskussion, an der sich eine ziemlich Anzahl Kollegen, hauptsächlich Maschinenfeger, die sich mit dem Vereinbarten absolut nicht einverstanden erklären konnten, beteiligten, wurde abermals eine scharfe Kritik geübt. In einem Schlüsselworte versuchte Kollege Rheinhäuser nochmals, die vorgebrachten Bedenken in sachlicher Weise zu widerlegen. Mit Stimmenerhebung wurde am Schlusse nachstehende Resolution angenommen: „Die heute im Gewerkschaftshause abgehaltene Buchdruckerversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen Rheinhäuser einverstanden. Die Versammlung macht es aber den Mitgliedern um so mehr zur Pflicht, streng auf die Durchführung der Vereinbarungen zu achten, weil der revidierte Tarif nur als ein unvollkommenes Äquivalent gegenüber den wirtschaftlichen Verhältnissen bezeichnet werden kann. Die Versammlung erwartet ferner von den Prinzipalpalen, daß sie auch den Gehilfen eine angemessene Zulage bewilligen, die mehr als 3 Mk. über Minimum verdienen.“

Frankfurt a. M. Zu den in einer Korrespondenz aus Wien enthaltenen Behauptungen über die Kreisamtsstgung vom 18. November, welche unter meiner

Leitung stattfand, bemerke ich berichtigend: 1. Die Verhandlungen des Kreisamtes fanden in der gleichen Weise statt, wie solche Verhandlungen auch vom Tarifamte gepflogen werden. Es wurde bei der Beweiserhebung öffentlich verhandelt und bei Beratung und Beschlußfassung die Öffentlichkeit ausgeschlossen. 2. Diese Anordnung erfolgte nicht wegen Raummangels, sondern aus Gründen der Objektivität, die ich als Vorsitzender für beide Teile zu wahren hatte. Meine hiesfür vorgebrachten Gründe wurden zum Teile auch von der Gehilfenseite billigt, denn der Beschluß, für die Beratung und Spruchgung die Öffentlichkeit auszuschließen, erfolgte durch die Mehrheit. 3. Der Anführung von Vertretern hat sich bei der Leitung und die Prinzipalpalen niemals widersetzt. Wo eine solche nicht erfolgte, hat die Gehilfenseite selbst auf Anführung der Vertreter verzichtet. 4. Votanzuschläge in Höhe von 5 1/2 Prog. sind in keinem Falle aufgelegt worden. Der Behauptung bezüglich der Prinzipalpaleninteressen stelle ich die Tatsache entgegen, daß gegenüber 21 Anträgen von der Gehilfenseite nur ein Antrag von der Prinzipalpalen aufgestellt war. 5. Einen Versuch um Regelung der Festen, wann die einzelnen Parteien zu Gehe kommen könnten, würde ich unbedingt entprochen haben, ein solches ist aber nicht an mich gestellt worden. Bei der außerordentlichen Schwierigkeit, welche die Leitung der Verhandlungen bot, kann aber doch wohl nicht vom Vorsitzenden verlangt werden, daß er aus eigener Initiative auch die selbstigen Bedürfnisse der Organisations zu regeln habe.

### Schachtungswohl

Eugen Walslau, Prinzipalpalenvertreter.

-r. Gelsenkirchen. (Etwas verspätet.) Die Natur selbst war danach abgemittelt, als eine zahlreiche Kollegenchar Gelsenkirchens, es waren selbst die kleinsten Druckereien vertreten, ferner Wattensteid sowie der Gau und Bezirksvorstand, ihrem Freunde Hermann Pappe am 18. November das letzte Geleite gaben. Ein echter braver Kollege hatte in ihm ausgetreten von der Menschen Mühen und Sorgen. Er war einer unserer besten, im Bezirke und Gau bekannt, geschäftig und verehrt, der sich Worte der Anerkennung verdient hat. Sein Schaffen um die hiesigen Verhältnisse bzw. für den Verein während seiner fünfjährigen Konktion in Gelsenkirchen sind schon gewürdigt. Nicht die Abgelenken einzelnen und das Bewerkwissen nachher hielten ihr ab, stets nur dem Ziele des Großen zuzustreben, nur im Sinne unsers Verbandes zu wirken. Das Vertrauen der Mitgliedschaft berief ihn in alle Kommissionen, sandte ihn zum Goutage und ließ ihn mit beraten die Anträge zur letzten Tarifrevision. Seine Tätigkeit als Ortsvorständer bewegte sich im gleich anerkennenswerten Maße. Und nicht bloß hier und in den letzten Jahren war er ein treues Mitglied und ein echter Führer, schon seit Jahren war es so. Kaum hatte er sich die Banden der Ehe angelegt, als er im Neubann 1891 mit weniger von vielen die Fahne hoch hielt und aushartete im Streik. Mit Weib und Kind ging es nach Lübeck, Soldin, Oschersleben und Gelsenkirchen, und dürfte die Nachricht von seinem Ableben in allen seinen früheren Kollegenkreise ein trübes Gebenken auslösen, denn stets war er bereit und wirkte für die Sache unsrer Organisation. Und solcher Kollegen soll man stets in Ehren gedenken und deren Leben als Vorbild nehmen zum eignen und seiner Kollegen Besten, wie es Kollege Schöred so trefflich ausführte gelegentlich bei dem Begräbnisse folgenden Zusammenkunft.

G. Halle a. S. Eine am 24. November abgehaltene außerordentliche Mitgliederversammlung, welche zahlreich besucht war, beschäftigte sich zunächst mit der abgehaltenen Kreisamtsstgung. Kollege König brachte die Resultate für die einzelnen Orte zur Kenntnis, hob hierbei die Aufhebung der Ausnahmebestimmungen für Osterwieck und Köstritz hervor, und bemerkte, daß man das, was auf dieser Tagung, herausgekommen sei, wohl akzeptieren könne. Daß auch verschledene Orte seine Erhöhung ihres Votanzuschlags oder überhaupt keinen erhalten haben, war wohl bei der Menge der Anträge voranzusehen, und unter diesen befindet sich nun auch Nordhausen. Das mußte „blutig gerochen“ werden, aber nicht etwa an den Prinzipalpalen, beileibe nicht, sondern an dem Gehilfenvertreter, weil er angeblich gegen die Einführung eines Votanzuschlags für diese Stadt gestimmt haben soll, obwohl das letztere auf Unwahrheit beruht. In einem vom dortigen Kollegen Klump in das „Nordhäuser Volksblatt“ lancierten Artikel heißt es am Schlusse: „Kollegen Nordhausen, nun könnt ihr weiter fasten.“ Eine derartige Unwesenheit seit ihm in seinem ganzen Leben noch nicht vorgekommen. Wenn man bedenkt, daß bis vor einem Jahre überhaupt noch keine tarifmäßige Druckerei in Nordhausen bestand, daß es ihm erst unter ungeheuren Anstrengungen gelungen sei, die dortigen Kollegen zu einem Vorgehen zu bewegen, und im Verlaufe dieses Vorgehens sei es ihm dann unter Aufbietung aller seiner physischen Kräfte gelungen, Lohnerebungen für die Gehilfenschaft bis zu 4,50 Mk. und Arbeitszeitverfügungen bis zu einer Stunde zehn Minuten herauszuholen, wodurch sofort drei Druckereien profitierten wurden. Und nun stellt sich dieser Herr hin und schreibt nicht nur: „Kollegen, nun könnt ihr weiter fasten“, sondern gießt auch die Person des Gehilfenvertreters durch den Schmutz; dadurch wird selbstverständlich die Arbeitsfreudigkeit der attiger Funktionäre durchaus nicht gehoben. Kollege König bezeichnete diesen Kollegen unter Weisfall der Versammlung mit einem Worte, welches nur allzugroße Verechtig ung hatte, aber an dieser Stelle nicht genannt zu werden braucht. Auch stellte er dieses Beispiel als die persönliche Meinung des Verfassers hin, denn die übrige Nordhäuser Kollegenchaft wird sich wohl mit diesem

Druckerei nicht identifizieren wollen, da er gerade von dieser Seite die dem vorjährigen Abschluß der dortigen Bewegung praktische Beweise der Anerkennung erhalten habe. Da sich die Kritik bei dem diesmaligen Vorgehen betreffs Anerkennung noch nicht klar erkennen ließe, zeigte der Verlauf der Tarifbedatte den Antrag, vor Wählmächten eine Vertrauensmännerversammlung einzuberufen, welche die nötigen Schritte dann zu beschließen hat, eventuell auch darüber zu befinden, ob sich vor dem 1. Januar noch eine Versammlung als nötig erweist. An Stelle des scheidenden Gewerkschafters wurde unter sich schon in verschiedenen Kreisen des dortigen Kollegiums Gabriel einstimmig gewählt. Dieser präziserte dann auch sofort seine Stellung zu den diesjährigen Umwälzungen, um vornehmlich falschen Schlüssen auf seine Person den Boden zu entziehen. Er erklärte sich sowohl mit dem Tarife als auch dem Organisationsvertrag einverstanden, nachdem er zu der Erkenntnis gekommen sei, daß die zehnprozentige Erhöhung wohl einen Schritt nach vorwärts auf dem Lohngebiete bedeute, und bezüglich des Vertrags gelte dasselbe im idealen Sinne. Der nächste Punkt der Tagesordnung: „Schreibweise des „Galleschen Volksblattes“ zur diesmaligen Buchdruckerbewegung“ entfaltete eine lebhafteste Debatte. Es mag von vornherein gleich bemerkt werden, daß kein Redner, außer dem Redakteur Mollenhuth, diese Schreibweise in Schutz nahm, sondern daß dieselbe von allen Seiten gebrandmarkt wurde. Da auch die Gehilfenvertreter einen derben Stieb durch eine Notiz erhalten hatten, sah sich Kollege König als erster gezwungen, diese Schreibweise unter die Lupe zu nehmen. Daß die gewählten Vertreter der Gehilfen in einer beratigen Weise heruntergerissen worden, sei einfach unangebracht und noch dazu von Redakteuren, welche selbst Verbandsmitglieder sind. Wie könnte der Artikel des „Vorwärts“, denn in diesem Falle hat die Redaktion mit Ehre und Fleiß gearbeitet, welcher Kollege Redakteur für etwas verantwortlich macht, was er gar nicht geschrieben hat, Aufnahme in das „Gallesche Volksblatt“ finden, wo gerade die Rubrik „Gewerkschaftliches“ von einem Kollegen bearbeitet wird? Es war einfach Pflicht des betreffenden, sich in „Korr.“ davon zu überzeugen, ob diese Anschuldigungen zu Recht erfolgten. Redakteur kann doch nicht verantwortlich gemacht werden für einen Artikel, welcher als freie Meinungsäußerung in „Korr.“ erschienen ist. Man wolle eben den „Kapitalist“ Redakteur seinen Besen wieder einmal in bengalischer Beleuchtung zeigen. Aber auch eine andre Notiz, welche sich mit dem generellen Beschluß der Prinzipale bezüglich der höher bezahlten Kollegen beschäftigte, wurde mit häßlichen Glossen begleitet, hinaus in die Welt geschickt. Es ist wieder einmal das Recht mit Füßen getreten worden und eine derartige Handlungsweise von Kollegen ist einfach unzulässig. Eine wichtige Veränderung unserer Umwälzungen, wie es das „Correspondenzblatt“ getan hat, ist gänzlichlich vermieden worden. Bezeichnend sei es auch, daß die Umwälzungen alle registriert worden, sogar von der kleinste Mitgliedschaft, aber von den zahlreichen Annahmen fanden nur wenige Gnade vor den Augen unserer Kollegenredakteure. Kollege Mollenhuth verteidigte in längerer Ausführungen die Stellungnahme der Redaktion. Es sei nicht ihrer Wille gewesen seitens des Kollegen Frühlich, welcher diese Rubrik bearbeitet, heute aber nicht anwesend sein kann, daß dieser Artikel Aufnahme gefunden hat, sondern es sei ihm damit ein Lapsus passiert. Der Ton in dem betreffenden Artikel sei nicht schärfer als der im „Korr.“. Der Gauherbsten finde sich wohl im „Korr.“, aber nicht in der Parteipresse. Daß die Tarifmaßnahmen gut seien und daß andere Gewerkschaften durch Streiks nicht soviel erreicht, habe er an anderen Orten schon erklärt. Wenn nun aber gesagt wird, die Parteipresse solle sich in die Angelegenheiten der Buchdrucker nicht einmischen, so sei dies hinfallig; im Interesse der Gesamtarbeiterbewegung haben wir die Pflicht, liberal als Kritik zu üben, wo Korruption herrscht oder schädigende Einflüsse sich geltend machen. Unser Kampf richtet sich nicht gegen die Organisation, der wir Achtung zollen, sondern gegen den Organisationsvertrag und gegen Redakteur. So lange die Zeitung des „Korr.“ so bleibt wie sie jetzt ist, wird sich noch oft Gelegenheit geben, Kritik zu üben. Alle übrigen Redner, und dies waren nicht wenige, stellten sich auf Seiten der eifrigeren Ausführungen. Eine andre Notiz des „Volksblattes“, betitelt: „Lohn-Verbeiter“, welche sich gegen unsere Augsburger Kollegen anläßlich deren Austritts aus dem Kartelle richtete, wurde ebenfalls scharf verurteilt. Es sei unbillig, Kollegen, welche einen solchen Beschluß faßten, gleich ihre Arbeitgeber abzusprechen; jedenfalls hätten auch die dortigen allgemeinen Verhältnisse bei diesem Austritte mitzugespielt. Nachdem der Vorlesende festgestellt hatte, daß die Schreibweise des „Volksblattes“ von der Versammlung auf das Entschiedenste verurteilt worden sei, wurde dieselbe geschlossen.

**Satzbeschl. (Maschinenmeisterverein.)** Am 2. Dezember hielt der hiesige Maschinenmeisterverein eine Bezirksmaschinenmeisterversammlung ab. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung waren die Mitglieder sowohl vom Orte, wie vom Bezirk recht zahlreich erschienen, so daß man eine Präsenz von 77 Kollegen feststellen konnte. Nach der üblichen Begrüßung durch unsern Vorlesenden, berichtete der Kassierer über den Stand der Kasse zum ersten Halbjahr; derselbe kam als ein guter besetzt werden. Hierauf ergriß Kollege Schaeffer das Wort zu seinem Referate: „Die Bestimmungen der Drucker im neuen Tarife.“ In einem 1/2-stündigen Vortrage verstand er den Referent in bekannter Weise, die Aufmerksamkeit eines jeden Teilnehmers an seine Worte zu fesseln. Er

detaillierte die Bestimmungen für uns Drucker im neuen Tarife bis ins kleinste hinein; das weitere führte er uns manchen interessante Momente von den Tarifverhandlungen, zu denen er als Druckerexperte delegiert war, vor Augen, so daß ihm am Schlusse seines überaus belehrenden Referates großer Beifall zuteil wurde. Nach einer kleinen Pause wurde in eine sehr lebhaft Diskussion eingetreten, in der sich aber alle Redner mit den Ausführungen des Referenten und den neuen Bestimmungen voll und ganz einverstanden erklärten. Ferner wurde dem Kollegen Schaeffer, wie den beiden anderen Druckerexperten, Kollegen Kraetzle und Hesselbach, für ihre aufopfernde Tätigkeit bei den Tarifberatungen gebührende Anerkennung und Dank gezollt. Folgende Resolution: „Die heute am 2. Dezember 1906 abgehaltene Bezirksmaschinenmeisterversammlung erklärt sich mit dem Referate des Kollegen Schaeffer einverstanden, und verpflichtet die neuen Tarifbestimmungen in allen Teilen durchzuführen“, wurde einstimmig angenommen. Nachdem nun unter Punkt „Verschiedenes“ einige interne Angelegenheiten ihre Erörterung fanden, schloß der Vorlesende mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Verband und die Maschinenmeisterbestrebungen die Versammlung. Eine daran sich anschließende kleine Familienunterhaltung unter gefälliger Mitwirkung der vollständig erschienenen Sängersabteilung des Ortsvereins, Typographia, hielt die Karlsruher Kollegen fest, ohne Unterchied der Sparten, in gemüthlicher Stimmung noch einige Stunden beisitzend.

**o. Kreuznach.** In unserer letzten sehr stark besuchten Monatsversammlung nahm auch die hiesige Mitgliedschaft zum neuen Tarife Stellung. Nachdem der 1. Vorlesende sich in kurzen Worten über die Tarifverhandlungen verbreitet hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung des Ortsvereins Kreuznach spricht den Gehilfenvertretern im Tarifausschusse ihre volle Anerkennung für ihre mühevolle Arbeit bei der Tarifberatung aus und verpflichtet, voll und ganz für die Einführung des neuen Tarifes einzutreten. Sie erwartet von der Einsicht der Prinzipale, daß auch benennigen Gehilfen eine entsprechende Zulage gewährt wird, welche schon jetzt 3 M. über Minimum erhalten. Gleichzeitig erwartet die Versammlung, daß die Kollegen sich nicht durch die Quertreibereien der Tarifgegner beeinflussen lassen, damit sie so notwendige Einigkeit unter den Kollegen erhalten bleibt. Im weiteren verurteilt die Versammlung das Verhalten eines Teiles der Parteipresse betreffs unsern neuen Tarifes.“

**Leipzig. (Maschinenmeister.)** Die am 2. November wegen zu schwachen Besuches vertagte Versammlung fand am 23. November im „Schloßkeller“, von über 400 Kollegen besucht, statt. Der Vorlesende Hesselbach gab eingangs denselben die Tagesordnung bekannt. Unter dem Punkt „Bericht über die letzten Jahre“ führte der Vorlesende die Tätigkeit der Kollegen im letzten Jahre, die im letzten Jahre, und zwar im „Kriegsdruck“, im „Dreisachen“ und im „Wagnersdruck“ sich anschließen. Weiter teilte er mit, daß sich durch unsere agitation in Leipzig ein Maschinenmeisterklub gebildet habe. Im Interesse der hiesigen Arbeitslosen und um einen gewissen Einfluß auf die bevorstehende Ueberstundenleistung der Kollegen auszuüben, ist demnächst eine Arbeitslosenversammlung geplant. Verschiedene Mißstände in hiesigen Offizinen fanden durch Druckerveranstaltungen ihre Regelung. Auf den im Vereinslokale angebrachten Plakaten wurde aufmerksam gemacht, damit alle Werbungen schnellste Erledigung finden. Ebenso soll in den nächsten Tagen eine Rotationsmaschinenmeisterversammlung abgehalten werden, um so auch diesen Kollegen Hand in Hand arbeiten zu können, damit die Bestimmungen im neuen Tarife zur Einführung gelangen. Die Richtigkeit verschiedener Vertrauensmänner wurde durch Verlesen einer Präsenzliste gerügt. Zu Punkt 2 der Tagesordnung: „Die stattgehabene Tarifrevision und welche Stellung nehmen wir in Zukunft ein?“, präziserte Kollege Hesselbach noch einmal die ganze Situation und führte in kurzer das Geschaffene den Kollegen noch einmal vor Augen, betonte, daß für uns Maschinenmeister wohl Vorteile in unseren neuen Bestimmungen enthalten sind; nur sei es dringend notwendig, daß alle Kollegen zusammenhalten und dafür eintreten, daß alle Funktionen voll und ganz zur Einführung kommen. Für Verschlechterungen würde niemand seine Hand bieten. Gleichzeitig gab Redner bekannt, daß unsere Zeitzeile in nächster Zeit ein Rundschreiben verbreite, um somit nochmals einen jeden Kollegen über unsere Spezialabmachung aufzuklären, damit Irrtümer ausgeschlossen sind. In der nun folgenden Diskussion waren verschiedene Redner recht unangehalten bar, daß unsere vom Kongresse festgesetzten Entwürfe nicht zu den Verhandlungen gestellt waren, sondern vorher durch die Gewerkschaftsvereine abgezwängt wurden. Im allgemeinen bewegte sich die Diskussion gegen die gemachten Vereinbarungen auf der Basis nachstehender, von den Vertrauensleuten eingebrachten Resolution, welche einstimmig Annahme fand und folgenden Wortlaut hat: „Die am 23. November im „Schloßkeller“ abgehaltene Versammlung der Maschinenmeister Leipzigs drückt ihre Mißbilligung über die im Tarife festgelegten Bestimmungen, ihre Sparte betreffend, aus. Sie hätte erwartet, daß ihre gestellten Entwürfe, welche laut Kongressbeschluß erhoben worden sind, besser zur Geltung gelangt wären. In Anbetracht, daß bei der stattgefundenen Tarifrevision festgelegten Beschlässe nicht umfassen zu können, stehen die hiesigen Drucker auf dem Standpunkte, daß der geschaffene Tarif betreffs des Zweimäschinenbetriebens nur deshalb verlegt ist, daß noch bestehende Mehrmäschinenbetrieber einzubinden und somit für die Folge unzulässig zu machen. Das jetzt bestehende Einmäschinen-system darf durch diese neue Bestimmung nicht gefährdet werden.“

Gleichzeitig verpflichtet sich die hiesige Kollegenschaft, mit allen Mitteln für die Aufrechterhaltung des Einmäschinen-systems Sorge zu tragen, da bei der heutigen Produktionsweise und Verantwortlichkeit an einer Maschine ein Drucker seine Arbeitskraft voll und ganz zu Markte trägt. Unseren Arbeitslosen wurden als Weihnachtsgeschenk 3 bis 5 M. und den Inaktiven 10 M. bewilligt. Mit der Ermahnung, in der kommenden Zeit immer auf dem Posten zu stehen, um gegen etwaige Verschlechterungen energig Front machen zu können, schloß unser Vorlesender die Versammlung.

**München.** Die Stellungnahme zum neuen Tarife bildete den einzigen Tagesordnungspunkt der Außerordentlichen Versammlung vom 25. November. Nachdem ein Zirkular des Bezirksvorstandes verlesen, in dem dieser seine Ansicht über Tarif und Organisationsvertrag kundgab, referierte Gehilfenvertreter Seitz über die Kreisamtsführung, die am 18. November stattgefunden. In ausführlichen Darlegungen ging der Referent auf alle die Umstände ein, die auch hier zu berücksichtigen waren, und unterbreitete das Resultat der Sitzung. In der anschließenden Diskussion war es neben so viel bekämpften Hauptproblemen hauptsächlich die Schreibweise im „Korr.“, die heftig angegriffen wurde. Ohne zu verlangen, daß Angriffe, wie die von einigen Parteiblättern erfolgten, unbeachtet bleiben sollten, stellten sich die Redner auf den Standpunkt, daß hierin keineswegs Mißhalten angebracht. Die gehässige Art, wie bisher üblich, gibt aber reaktionären Blättern Stoff, wie gesehen, die Sache zu ihrem Vorteil auszunutzen. Leider mußte auch hier der Gehilfenvertreter Angriffe über sich ergehen lassen, die gelinde ausgedrückt, den realen Tatsachen Hohn sprachen. So begrüßenswerth eine gesunde, offene, und was die Hauptsache sein muß, sachliche Kritik ist, um so unverfänger ist es, den einzelnen mit Injurien zu traktieren, die einer gesunden Begründung entbehren. In seinen Schlussworten forderte Kollege Seitz auf, das, was geschäffelt, nicht mit Füßen zu treten, sondern tastlos mitarbeiten zu wollen am Ausbau des Erreichten zu unserm Nutz, dem Segner zum Trug. — In der am 2. Dezember abgehaltenen Monatsversammlung entlegte sich vor Eintritt in die Tagesordnung der Vorlesende der traurigen Pflicht, von dem Ableben des Druckerkollegen Georg Klais Kenntnis zu geben. Die Anwesenden gaben ihre Teilnahme in üblicher Weise kund. Diese Versammlung bot erfreulicherweise Gelegenheit, neben den gewerkschaftlichen auch einmal ein technisches Thema zu hören. Kollege Sommer referierte über die ausgestellten Johannitsfestdrucke, die alle mehr oder minder bereicherte Zeugnisse ablegten, wie hoch unsere Kunst entwickelt. Redakteur Hesselbach leitete die treffliche Art, in der sich der Johannitsfestdrucke Aufgabe entlegte. Kollege Bötzli erstattete hierauf einen ausführlichen Bericht über die Gantasse. Die auf Grund des Revisionsbefehdes beantragte Dergangerteilung ergliefte einstimmig. Die übrigen Angelegenheiten waren interner Natur, so daß es sich erübrigt, darauf näher einzugehen. Es mag nur konstatiert sein, daß diese Versammlung einer aus ihrer Mitte kommenden Antrag einstimmig annahm, der die in voriger Versammlung von einem Kollegen gemachten unmotivierten Uebersetzungen über den Gehilfenvertreter in scharfer Form zurückweist.

**München. (Erklärung.)** Der Vorstand des Bayerischen hiesigen Maschinenvereins gestattete sich in seinem Flugblatte „Zur Aufklärung“ und in seiner Erklärung im „Korr.“ vom 27. November Nr. 137 Ausführungen gegen den Unterzeichneten, die nicht unüberwunden bleiben können. Zunächst möchte ich feststellen, daß der Berliner Vorstand den Sinn und den Zweck des Münchener Flugblattes gar nicht erfaßt zu haben scheint bzw. nicht wollte, wenigstens ist er in seinen beiden Publikationen mit keinem Worte darauf eingegangen. Das Berliner Aufklärungsschreiben enthält, um es gleich vorweg zu nehmen, außer den nichts weniger als kollegialen Angriffen auf den im Münchener Flugblatte zitierten Briefschreiber, Kollegen Schlies (dieser ist, wie nicht schwer zu erraten war, der Schreiber des im Flugblatte abgedruckten Briefes, den ich mit seinem Einverständnis in dem Flugblatte verwendete, und wie derselbe jedenfalls in der ihm geeignet erscheinenden Weise dazu Stellung nehmen) Schlies verächtet. Die Redaktion und den durch nichts bewiesenen Vorwürfen der unflügen Kritik und der politisch unzulässigen gegen mich nichts als den Versuch der Rechtfertigung des Berliner Vorgehens. Der Zweck der M. Auslassungen war lediglich, der gegen die Maschinenvereinsvertreter eingeleiteten Hege die Spitze abzubrechen, und Kollegen, die nach meiner und vieler anderer Kollegen Meinung ihre Pflicht im vollsten Maße erfüllt haben, in dieser schweren Zeit an der Spitze der von uns selbst geschaffenen Institution, die sie bisher unter Aufopferung von Gesundheit, Zeit und Geld — ebenso wie der Berliner Vorlesende — geleitet haben, wenigstens vorläufig auf ihrem Posten erhalten zu sehen, und zwar nur im Interesse unserer Sache. Mit der vom Berliner Vorstande so oft betonten gefunden Opposition hat das nicht das geringste zu tun, und kann ich ihm versichern, daß auch in München nicht ein Maschinenvereinsführer zu finden ist, der mit dem Tarife zufrieden wäre. Ist das vollständig gesunde Opposition, wenn Mussial (Mitglied des Aktionsausschusses) sagt: Unsere Experten haben dem Votum des Kongresses nicht Folge gegeben, dem ausgesprochenen Willen der Allgemeinheit zuwider gehandelt, darum trifft sie auch das Verdikt der Kollegen. Mein Urteil ist hart, aber ich kann nicht anders: wir sind verächtet worden. Wenn wir trotzdem zustimmen, geschah es aus denselben

Gründen wie in Hamburg und Nürnberg; unsre Stellung zum materiellen Zeiss bringt unsre Resolution zum Ausdruck, wenn wir uns auch nicht das geistige Produkt Berlins angeeignet haben. Der Berliner Vorstand sagt selbst, daß er wußte, daß die Experten ihre Pflicht getan. Und trotzdem die Herunterreiserei derselben in Berlin und in der Provinz, die nach meiner Ansicht nur infolge des guten Beispiels von Berlin aus dazu veranlaßt wurde, während der dortige Vorstand die Pflicht gehabt hätte, sein eigen Fleisch und Blut gegen persönliche Anwürfe in Schutz zu nehmen. Wenn ferner behauptet wird, der Berliner Vorstand würde keine „Rebentregierung“ neben der Zentralkommission dulden, so frage ich, was sollte dann der sogenannte Aktionsauschuß sein? Das war doch zum mindesten eine Rebentregierung, wenn es nicht, was fast zu vermuten ist, noch etwas anderes sein sollte. Denn wenn die Berliner Kollegen sich auf den von ihnen behaupteten Standpunkt stellen, so konnten sie nicht anders, als ihre Wünsche und Anträge den übrigen Vereinigungen durch die Zentralkommission zu übermitteln. Und was sollte die Wendung bedeuten, „da man die auf alle Fälle zu fragende Instanz (vielleicht nur aus Versehen ist „vorgesezte“ weggeblieben) außer acht ließ?“ Und hat ferner der Berliner Vorstand nicht das empfunden, daß er den Provinzkollegen direkt ins Gesicht schlägt, wenn er schreibt, wir kennen nur ein Pflichtgefühl — keinen Kadavergehörigkeit. Über auch sonst muß er den „Provinzler“ sehr wenig Urteilsfähigkeit zutrauen, denn wie käme er sonst dazu, ihnen glauben machen zu wollen, daß der „Aktionsauschuß“ nur die Aufgabe hatte, eine Resolution auszuarbeiten, um den Provinzkollegen die Meinung der Berliner mitzuteilen. Dazu war also ein Ausschuß von fünf Mann und der Berliner Vorstand nötig, das wäre also ungefähr ein Duzend. Wenn das wahr sein sollte, könnten mir die Berliner nur leid tun. Ich stelle mir unter einem Aktionsauschuße etwas andres vor, worauf ich aber hier nicht näher eingehen will; diejenigen, die es angeht, werden mich auch so verstehen. Doch die Vorstandsschaft hat ja nun Frieden proklamiert, und auch ich halte es für nützlich, uns jetzt den schon lange nötigen Arbeiten zuzuwenden. Die Berliner haben also „einen Weg aus dem Solze gesucht und gefunden“, und wenn das zum Teile auf meine Kosten geschah, so bin ich ihnen nicht weiter darüber gram. Damit ist die Sache für mich erledigt. Max Franz.

**München.** Maschinenmeisterverein. In mehreren Vereinigungen hatte auch unser Verein Stellung zu dem neuen Tarife genommen, obwohl in den Ortsversammlungen eingehendste Besprechungen darüber stattgefunden haben. Gerade die hauptsächlichsten Wünsche der Maschinenmeister sind am wenigsten in Erfüllung gegangen, da die festgesetzte Lohnminderung den wenigsten Kollegen zugute kommt. Außerdem muß mit der Ernte und dem Wohlwollen der Herren Prinzipale und Vorgesetzten gerechnet werden, um in den Genuss des Tarifes zu gelangen. Ferner muß es als sehr bedauerlich bezeichnet werden, daß die Lehrlingskassa nicht herabgesetzt wurde. Von dieser Notwendigkeit der Herabsetzung konnte man sich in den letzten Wochen bei Studierung des Wochenrapportes überzeugen, wo auf einen arbeitslosen Seher jähres konditionslose Maschinenmeister kamen. Eine interessante Abwechslung bot die am 17. November abgehaltene Monatsversammlung durch den vom Kollegen Seibner gehaltenen Vortrag: „Mechanische Zurichtungen (speziell deren Herstellungsweise)“. Der Referent hatte keine Mühe gesucht, überall Muster herbeizuschaffen, um dieselben bei seinem Vortrage zur Verwendung zu bringen. Dem Referenten sei auch hier nochmals für seine Mühewaltung bestens gedankt.

**Münster i. W.** Hier wurde am 2. Dezember ein „Drucker- und Maschinenmeisterklub“ gegründet.

**Osnabrück.** Am 29. November fand hier selbst nachmittags die zweite diesjährige Bezirksversammlung statt, welche — was für diesmal besonders anerkennend hervorzuheben sei — sehr gut besucht war. Den Hauptgegenstand der Beratungen bildeten die stattgehabten Tarifverhandlungen. In einem etwa zweistündigen Referat erstattete Gauvorsteher Klapproth-Gannover Bericht über den Gang derselben. Wenn nun auch die Redaktion des „Korr.“ dieses Thema bereits ausführlich behandelt hat, so enthielten doch die Ausführungen des Gauvorstehers, welcher selbst den Tarifverhandlungen beigewohnt hat, manche interessante Einzelheiten, die besonders geeignet waren, diejenigen Kollegen, welche noch eines objektiven Urteils fähig sind, zu überzeugen, daß die Gehilfenvertreter selbst das Minimale, das der neue Tarif bringt, nur mit größter Mühe durchzudrücken vermochten, und die maßlosen Angriffe, welche jetzt sowohl aus Kollegenkreisen wie auch von einem Teile der Parteipresse gegen sie erhoben werden, jeder Berechtigung entbehren. In das Referat schloß sich eine lebhaft, jedoch sachliche Diskussion, welche hauptsächlich die Bestimmungen bezüglich der mit 3 Mt. über Minimum Entlohnnten und der Maschinenmeister zum Gegenstande hatte. Die Ansicht der Versammlung über den neuen Tarif kam schließlich in folgender Resolution zum Ausdruck: „Die am 25. November im „Osnabrücker Hof“ tagende Versammlung des Bezirksvereins Osnabrück erkennt nach Anhörung des Referates des Kollegen Klapproth den revidierten Tarif und den Organisationsvertrag untergeordnet an. Sie verkennt nicht die Schwierigkeiten, unter denen die diesmaligen Verhandlungen standen, und spricht den Gehilfenvertretern ihre Anerkennung aus. Wenn auch die seitens der Prinzipale gegebenen Zugeständnisse nicht den gehagten Erwartungen der Gehilfen entsprechen, so erklärt doch die heutige Versammlung, für das Erreichte mit

aller Kraft einzutreten.“ — Der Vorsitzende Rabes machte sodann Mitteilungen über die am 18. November in Hannover stattgehabte Kreisversammlung, welche sich mit dem neu festzusetzenden Sozialzuschlägen beschäftigt hat. Osnabrück, welches 7 1/2 Proz. beantragte, hat hierbei sehr schlecht abgeschnitten, denn zu den bisher bestehenden 2 1/2 Proz. sind ihm nur weitere 2 1/2, aber erst vom 1. Januar 1909 ab, zugebilligt worden. Die stürmische Debatte, welche dieser Mitteilung folgte, endete damit, daß ein Antrag auf Weiterberatung dieser Angelegenheit in der nächsten Ortsvereinsversammlung angenommen wurde. — In seinem Antwortschreiben richtete Gauvorsteher Klapproth an die Anwesenden die dringende Aufforderung, für das durch den neuen Tarif Erreichte Mann für Mann einzutreten, und brachte dann ein dreimaliges Hoch auf den Verband aus.

**Ostervied.** A. S. Die letzte, gut besuchte Versammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Ergebnisse der Kreisversammlung. Kollege Jappe, welcher zur Vertretung unserer Interessen nach Halle delegiert war, berichtete, daß die Ausnahmestimmungen für Osnabrück in bezug auf Entlohnung und Arbeitszeit in Fortfall kommen. Vom 1. Januar ab tritt also die erhöhte Bezahlung und die neunstündige Arbeitszeit in Kraft. Der in Halle mitanwesende Prinzipal Fiedelst hat dort bereits seine Zustimmung zu den Abmachungen gegeben. Sämtliche nachfolgenden Redner gaben ihrer Freude Ausdruck über dieses Resultat. Eine längere Debatte zeitigte dann der Austritt aus dem Verbands seitens des zweiten Vorsitzenden Heißmeier. Selbiger, seit etwa 1 1/2 Jahren im Kontor der Buchdruckerei Fiedelst beschäftigt, begründete seinen Austritt damit, daß die Vorteile, die der Verband ihm bieten könne, nicht die Nachteile — also die Beitragszahlung — aufwogen. Diese Begründung mußte um so mehr befremden, als Heißmeier noch bis vor einigen Monaten einer der eifrigsten Verfechter der Verbandsprinzipien und Ideale war. Nach dieser trübenden Erörterung muß man leider annehmen, daß Heißmeiers Neben nichts als leerer Schwall gewesen. Es wurde lebhaft bedauert, daß Heißmeier mit einer derartigen Motivierung dem Verbands den Rücken kehrte. Nachdem unter „Verhiebened“ noch einige Angelegenheiten erörtert wurden, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband.

**Stargard.** Verschwunden ist seit Sonnabend mittag unter Mitnahme einer Anzahl Verbandsbeiträge der würdige Kollege Stich. Von sonstigen Vereins- und Privatgebern muntelt man auch, welche er hat mitgehen lassen. Die „Leipziger Volkszeitung“ hat aus einem von Stich in Nr. 137 veröffentlichten Artikel die kräftigsten Stellen abgedruckt und dazu einleitend bemerkt: „Die letzte Nummer des „Korrespondenten für Deutschlands Buchdrucker“ enthält einen Artikel eines Parteigenossen — es gibt nämlich zum großen Kummer Verhäufers immer noch Sozialdemokraten unter den Schriftsetzern — der mit ruhiger Sachlichkeit seinen Kollegen zeigt, wozu der Kurs führt, den der Verband folgt.“ Auf die „ruhige Sachlichkeit“ des „Parteigenossen“ Stich wird sich „zum großen Kummer“ leider die „R. W.“ in Zukunft nicht mehr berufen können. (Red.)

**Stargard i. Pom.** Am 2. Dezember fand im Café Bismarck der Bezirkstag des Bezirks Stettin-Brand statt. In demselben nahmen 23 Stargarder und 8 auswärtige Kollegen (Pyritz, Arnswalde, Penkun, Altkamm) teil. In Stelle des behinderten Gauvorstehers erstattete Kollege Vila-Stettin als Bezirksvorsteher einen eingehenden Bericht über die Tarifverhandlungen. Die Versammlung gab ihrer Zustimmung zu dem erzielten Resultate durch Erheben von den Plätzen Ausdruck. Es wurden sodann die verschiedenen Verwaltung Angelegenheiten erledigt, ferner über den Stand der Tarifsache in den verschiedenen Druckorten Bericht erstattet. Aus den Berichten geht hervor, daß zwar vieles in tariflicher Beziehung besser geworden ist, doch bleibt noch viel zu tun übrig. Den auswärtigen Kollegen wurde das Referat aus der Bezirkskasse zurückbetet. — Die nächste Versammlung findet wieder in Stargard statt. Der Bezirk zählt zurzeit 55 Mitglieder.

**Stettin.** In einer äußerst zahlreich besuchten Versammlung beschäftigten sich die Stettiner Kollegen mit dem jetzigen Stande der Tarifbewegung. Eingehend schilderte Kollege Möller die gegenwärtige Situation im Reich, und dann speziell auf die Stettiner Verhältnisse zurückzukommen. Wenn auch die meisten hiesigen Druckereien dem Tarife ohne weiteres ihre Zustimmung geben werden, so sei es unsre Pflicht, auch die letzten noch zu gewinnen, hierzu bedürfe es der Mitarbeit aller Kollegen. Mit der Aufforderung, alle die Vorteile, welche der neue Tarif uns biete, nun auch voll auszunutzen, schloß Kollege Möller seine Ausführungen. Hieran anschließend kritisierte Kollege Boupar in scharfen Worten das Verhalten eines Teiles der Parteipresse bei der diesmaligen Tarifbewegung hauptsächlich gegenüber den Führern des Verbandes. Jahrgeltelgang hätten dieselben in selbstloser Weise für den Verband ihr Bestes gegeben und auch bei dieser Tarifbewegung alles getan, um möglichst viel für die Kollegen zu erreichen. Darum sei es Pflicht jeden Verbandsmitgliedes, in dieser kritischen Zeit öffentlich seine Sympathie für dieselben Ausdruck zu geben, und beantragte Redner folgende Resolution: „In Anbetracht der von einem Teile der Arbeiterpresse gelegentlich unserer Tarifbewegung auf unsere Verbandsführer, speziell auf Weghäuser gehaltenen Beschimpfungen erklärt die heutige am 2. Dezember tagende Versammlung des Vereins Stettiner Buchdrucker: 1. Daß sie die Kampfesweise der „Leipziger Volkszeitung“ und des „Vorwärts“ gegen Weghäuser auf das entschiedenste verurteilt, da sie allem journalisti-

sehen Anstand Hohn spricht. 2. Daß sie sich mit der Tätigkeit des Hauptvorstandes, der Redaktion des „Korr.“ und der Gehilfenvertreter in bezug auf Zustandekommen des neuen Tarifes einverstanden erklärt und ihnen das vollste Vertrauen ausspricht.“ Diese Resolution wurde, nachdem einige Kollegen sich zustimmend geäußert, einstimmig angenommen. In dieser wie in den letzten Versammlungen hatten wir eine stattliche Zahl von Neuaufnahmen zu verzeichnen, zum Teile von Kollegen, die es lange Zeit nicht für nötig gehalten hatten, sich unseren Bestrebungen anzuschließen. Mögen darum noch die paar Lehren, die wir noch gebrauchen können, sich bald eines Besseren besinnen und dahin kommen, wo sie hingehören: in den Verband für Deutschlands Buchdrucker!

**Oe. Trebbin (Mark).** In ihrer letzten Versammlung gab die hiesige Mitgliedschaft ihren seinerzeit gefaßten Oppositionsbeschlusses gegen die neuen Tarifabmachungen auf und erkennt dieselben, durch die Verhältnisse bedingt, an. In der ausführlichen Debatte, an welcher sich auch unser Bezirksvorsitzender Krüger-Potsdam in dankenswerter Weise beteiligte, war derselbe ebenfalls der von der Versammlung größtenteils geteilten Ansicht, daß ein Beharren der Mitglieder auf ihrem Oppositionsstandpunkte einem Kampfe gegen Windmühlensfügel gleiche. Aus allem sei aber die Lehre zu ziehen, daß in Zukunft eine andre Taktik einzuschlagen sei; die Gehilfenvertreter, deren Zusammensetzung nach vieler Kollegen Ansicht nicht die gewinnste sei, hätten eben die Vollmacht zu den vorliegenden Abschließungen gehabt, es müsse in Zukunft die Mitgliedschaft über derartige Abmachungen befragt werden. Folgende Resolution gelangte zur Annahme: „Die am 1. Dezember tagende Versammlung des Ortsvereins Trebbin revidiert ihren letzten gefaßten Beschluß und muß, dem demokratischen Prinzip folgend, dem neuen Tarife ihre Zustimmung geben. Sie bezweifelt, daß der Organisationsvertrag in der vorliegenden Form Annahme durch die Mitglieder gefunden hätte, wenn dieselben vorher von dem Wortlaute Kenntnis gehabt hätten. Die Versammlung erklärt ferner, daß sie in ihren Entschliessungen nicht beeinflusst worden ist, sondern daß die Opposition nur aus den Verhältnissen herausgewachsen ist.“ Betreffs Festsetzung der Sozialzuschläge wies Kollege Krüger an der Hand einschlägiger Materials nach, daß die Verteilung derselben eine ungerechte sei und die Kreisämter nicht die hierzu berufenen Instanzen bleiben könnten.

**Zwidau.** (Monatsversammlung am 1. Dezember.) Nach Erledigung einer Neuaufnahme gibt der Vorsitzende einen kurzen Bericht über die Kreisamtsführung und bespricht des weitern die gegenwärtige Situation. Auf eine Anregung von seiner Seite erklärt die Versammlung, daß sie sich in der Tarifangelegenheit der Mehrheit unterordnet.

## Rundschau.

**Zur Beachtung!** Die Tatsache, daß in diesem Jahre der „Korr.“ den stärksten Umfang von allen Jahrgängen erfahren hat, bringt uns mit der Reichspost insoweit in Konflikt, daß ein Ueberschreiten des postalisch zulässigen Gesamtgewichtes zu befürchten steht, wenn nicht in Artikeln und Korrespondenzen die größte Zurückhaltung geübt wird. Der „Korr.“ muß daher für die noch in diesem Jahre erscheinenden Nummern sich inhaltlich einschränken, wenn wir der Post nicht 3500 Mt. in den Schoß werfen wollen. Wir bitten daher, namentlich in Korrespondenzen nur das dringendste und wichtigste mitteilen zu wollen, da es unerantwortlich wäre, wegen etwa 200 bis 300 Gramm Uebergewicht 3500 Mt. zu bezahlen. Der Not gehorchend, müssen wir also nicht ganz wichtige Korrespondenzen, Verbandsberichte usw. ablehnen.

Eine Ermahnung an die Maschinensetzer bestellten wir in Nr. 140 eine Notiz, die sich dagegen wandte, daß ein Teil der Maschinensetzerkollegen sich bei Konditionsvermittlung der Seymaschinenfabriken zu bedienen pflegt, was wir nicht billigen konnten und jetzt erst recht nicht können. Die Wertenthaler Seymaschinenfabrik richtete daraufhin folgendes Schreiben an uns: „In der Beilage Ihrer Nr. 140 vom 4. Dezember beschäftigen Sie sich mit unserem Fragebogen für Bino-typsetzer. Die daran getnüpften Betrachtungen geben uns Veranlassung zu folgender Erwiderung: Anfragen wegen Nachweisung von Konditionen für Bino-typsetzer kommen täglich an uns. Da dieselben häufig nichts näheres über Leistungen, bevorzugte Gegen- oder bergleichen erkennen lassen, senden wir den betreffenden Bemerkern den Fragebogen zur Ausfüllung. Gläubt sich jemand dadurch benachteiligt, so mag er die Ausfüllung unterlassen, uns ist nichts daran gelegen. Auch der Herr, der Ihnen den Fragebogen ein sandte, hat bei uns angefragt! Es wird wohl jedem objektiv Urteilenden klar sein, daß wir nicht blindlings empfehlen können, denn die Anforderungen der verschiedenen Buchdruckereien sind verschieden. Wir können nicht einen Unfänger mit vielleicht mangelhafter Maschinenkenntnis nach einem Plaque empfehlen, wo er allein auf sich angewiesen ist, oder in eine Druckerei, die bei entsprechend höherer Bezahlung auf eine gute Kraft reflektiert. Andererseits wird häufig neben bereits vorhandenen guten Setzern ein Unfänger verlangt. Auch können wir nicht einen Verheirateten beispielsweise aus Norddeutschland nach dem Elsaß oder der Schweiz, oder aus Westfalen nach Posen usw. empfehlen, da die Umzugskosten mit der

(Fortsetzung in der Beilage.)

# Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 143.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.  
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich.

Leipzig, den 11. Dezember 1906.

Anzeigen kosten: die Nonpareilzeile 25 Pf.;  
Versammlungsanzeigen u. Arbeitsmarkt 10 Pf.

44. Jahrg.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

Familie viel zu hoch sein würden. Suchen wir uns die Kenntnisse der einschlägigen Verhältnisse zu erwerben, um in der Vermittlung sowohl den Wünschen der Seher als auch der Kinotypseher zu entsprechen, dann werden wir von Ihrer Seite angegriffen! Wir vermitteln Konditionen lediglich aus Gefälligkeit — nicht zum wenigsten im Interesse der Seher, welche dadurch Inzertionskosten ersparen. Wir haben nur Arbeit und Unkosten davon, während in den Kreisen Ihrer Mitglieder unsere Vermittlung doch wohl sehr beliebt sein muß. Hierauf lassen wenigstens die täglich einlaufenden Anfragen schließen. Da wir unsre Ansicht in dieser Angelegenheit in Nr. 140 dargelegt haben, welche durch vorstehende Erklärung in nichts erschüttert wird, so erklären wir nur, daß uns von einem Sehmachschinensehertollegen, der bei der Mergenthaler Sehmachschinensfabrik angefragt hat, der bewußte Fragebogen nicht zugeht. Im weiteren aber beweist diese Aufschrift zur Evidenz die Notwendigkeit, daß sich die Spartenvereine der Maschinenseher mit diesen Anbetreuern einmal recht ernstlich beschäftigen müssen. „Tua res agitur“ möchten wir den Maschinensehervereinen und deren Zentrale zurufen.

Den neuen Tarif schon jetzt eingeführt hat auch die Buchdruckerei D. Goerte in Charlottenburg, und zwar gewährt sie ihren Beschäftigten, die sämtlich schon mehr als 3 Mk. über Minimum erhalten haben, eine Erhöhung von 3,50 Mk. pro Person vom 24. November ab. In dieser Druckerei, die die achtstündige Arbeitszeit hat, wird das Verbandsorgan der Porzellanarbeiter, die „Umeise“, hergestellt.

Ein mit dem Streik bei Reismann-Grone in Essen zusammenhängender Prozeß wurde vor dem Landgerichte in Dortmund verhandelt. Angeklagt war der Redakteur Arno Franke (Buchdrucker) von der dortigen „Arbeiterzeitung“, weil er einen amtsgerichtlichen Strafbefehl für einen bei der Inzovation der Druckerei Reismann-Grones durch die Gutenbergschüler Streikpartisanen gezeichneten Flyer in dem von ihm verantwortlichen Blatte veröffentlicht hatte, ehe dieser Strafbefehl seine Erledigung gefunden hatte. Dieser ungefährl. Kapus soll aber mit 100 Mk. gefinanziert werden.

Der Schweizerische Buchdrucker tarif ist nun in der Urabstimmung angenommen, und zwar entschieden sich von 2335 abstimmen den Kollegen 1930 für die Annahme, 370 dagegen. Die „aufklärerische“ Arbeit der „Berliner Tagewacht“ und des „Basler Vorwärts“ ist von unseren schweizerischen Kollegen genau so hoch bewertet worden wie die diesseitige des Berliner „Vorwärts“ und der „N. B.“, denn 3. B. die Basler Kollegen, welche in einer Versammlung schärf mit dem Einheitstafel ins Gericht gingen und denselben ablehnten, haben bei der Urabstimmung 232 für und nur 104 Stimmen gegen den Tarif abgegeben.

In Kairo ist seit Mitte November ein partieller Buchdruckerstreik ausgebrochen. Außer der schon öfters genannten Firma Boehme & Anderer sind die Personale der Zeitungen „Les Pyramides“, „La Bourse Egyptienne“ sowie das der Druckerei des französischen Archäologischen Instituts ausständig. Für letztgenanntes ist schon ein Ersatz in Gestalt von sechs Mann einzuweisen aus Frankreich eingetroffen. Ein ähnliches Beispiel gaben einige Kollegen, die auf Inzertion von B. & U. aus Deutschland hiehergekommen; nachdem sie den Stand der Dinge erfuhren, haben sie sofort die Arbeit eingestellt. Der Konflikt entstand in beiden Zeitungen, weil durch die Einführung der Kinotype allzu zahlreiche Entlassungen stattfinden sollten. Nun ist große Suche im Auslande für Bedienungspersonal der eingeführten Maschinen. Der Konsequenzen halber ist die größte Vorsicht nach wie vor allen Stellenangeboten aus Kairo gegenüber am Plage.

Einen Protest gegen das Antigenewerkschaftsgesetz hat auch die Gesellschaft für soziale Reform, welche in der vergangenen Woche ihre dritte Generalversammlung in Berlin abhielt, an die Adresse der Regierung gerichtet. Der Entwurf zu einem die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine regelnden, von der gedachten Vereinigung im Jahre 1901 geforderten Gesetze entspreche in sehr vielen und wichtigen Punkten nicht den Bedingungen, die für eine freie und gedeihliche Entwicklung der Gewerkschaften notwendig sind, ein Gesetz in der Form dieses Entwurfes würde ein toter Buchstabe sein. Die Entschließung der Gesellschaft für soziale Reform hebt auch die Momente hervor, in denen nach ihrer Meinung ein Fortschritt gegenüber dem gegenwärtigen Zustande zu erbliden ist. Wir müssen aber erklären, daß das Maß des Fortschrittes, das wir zu entdecken vermögen, ein bedeutend kleineres ist.

Es wird immer schöner, nämlich in den Voranschlägen zur „Verbesserung“ der deutschen „Gewerkschafts-

vorlage“. So machte in der „Deutschen Juristenzeitung“, die selber eine scharf ablehnende Stellung zu dem famosen Gesehtentwurf einnimmt, ein Dr. Kiesel in Charlottenburg den Vorschlag, die Steuerpflicht der Berufsvereine mit in die Materie einzubringen, und zwar müßte eine reichsgerichtliche Regelung dieser Frage stattfinden. Wenn noch etwas gefehlt hätte, den Gewerkschaften zu zeigen, wohin sie mit der Eintragung als rechtsfähige Vereine kommen können, so ganz gewiß diese „wohlmeinende“ Anregung.

Ein vergeblicher Protest der christlichen Gewerkschaften war es, der gegen die Wertetervahlen bei der Ortskrankenkasse in St. Johann gerichtet wurde. Der Bürgermeister erklärte zwar die Wahlen für ungültig; die neuen Wahlen brachten aber nicht nur eine größere Beteiligung, sondern wiederum den Sieg der freien Gewerkschaften. Diese brachten es nämlich auf 814, die Christlichen usw. auf 702 Stimmen.

Die Gewerbegerichts wahlen in Frankenthal brachten für die freien Gewerkschaften ein recht glänzendes Resultat. Die Kartellliste erhielt nämlich 1500, die christliche nur 280 Stimmen. — Anders sah es in Ruhrort aus. Hier siegten die christlichen Gewerkschaften mit 1077 Stimmen. Auf die freien Gewerkschaften entfielen 395, auf die Hirsch-Dunderianer 389, auf die Polen 140 Stimmen.

Die Leistungsfähigkeit der Reichsdruckerei ist nach dem über das Rechnungsjahr 1905/06 erschienenen amtlichen Bericht wieder anscheinlich gestiegen. Es wurden nämlich in diesem Zeitraum Druckfachen im Gelbwerte von nicht weniger als 21 1/2 Milliarden Mark hergestellt. Die Post mit Wertzeichen im Betrage von 18 1/2 Milliarden Mark ist natürlich die hauptsächlichste Auftraggeberin. Dann kommen die Versicherungsmarken mit 2 Milliarden Gelbwert, sodann 632 Millionen Wertpapiere und 25 Millionen Sparmarken. In jedem Arbeitstage wurden 14 Millionen Wertzeichen fertig gestellt. Die Schriftgießerei lieferte in der Berichtszeit 38 000 kg Schrift. Das Personal der Reichsdruckerei besteht aus 2085 Köpfen: 4 Direktoren, 2 Verwaltungsratsmitglieder, 118 etatsmäßig angestellte Beamte und Unterbeamte, 326 ständig beschäftigte Künstler und Werkleute und 1038 gegen Tagelohn beschäftigte Handwerker, Lehrlinge, Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Einnahmen der Reichsdruckerei haben 9,2 Millionen Mark erreicht, denen 6,8 Millionen Mark Ausgaben gegenüberstehen, so daß ein Ueberschuß von 2,4 Millionen Mark verbleibt. Auch für ausländische Staaten wurden Drucklieferungen übernommen, so für die Dominikanische Regierung Postfreimarken und Stempelmarken. Gedruckt wurden ferner die Gebichte des Sultans Selim I in persischer Schrift, eine Prachtausgabe des Ribelungenliedes, farbige Kupferstiche alter Meister in Nachbildungen, Marinetafeln des Kaiserjäger usw. usw.

Ueber den „durchschnittlichen Tagelohn“ nach dem Krankenversicherungsgesetz waren in einem Falle, mit dem sich das braunschweigische Verwaltungsgericht zu beschäftigen hatte, Zweifel darüber entstanden, was unter dem „durchschnittlichen Tagelohn“ im Sinne des § 26a des Krankenversicherungsgesetzes zu verstehen sei: Der „durchschnittliche Tagelohn“, den das betreffende Kassemittelglied selbst verdient, oder der „durchschnittliche Tagelohn“, wie ihn der § 20 des Krankenversicherungsgesetzes bestimmt, d. h. der durchschnittliche Tagelohn derjenigen Klassen der Versicherten, für die die betreffende Krankentafel errichtet ist. Das genannte Gericht hat sich dahin ausgesprochen, daß im § 26a — welcher vorverschreibt, daß Kassemittelglieder, welche gleichzeitig anderweitig gegen Krankheit versichert sind, das Krankengeld so weit zu kürzen ist, als dasselbe zusammen mit dem aus anderweitiger Versicherung bezogenen Krankengeld den vollen Betrag ihres durchschnittlichen Tagelohnes übersteigen würde — zweifellos nicht der für eine ganze Klasse von Personen festgesetzte Durchschnittslohn, sondern der wirklich verdiente Durchschnittslohn der einzelnen Mitglieder zu verstehen ist, was schon aus dem Wortlaut und der Beifügung des Wortes „ihres“ hervorgeht. Gätte das Gesetz den Klassen durchschnittlichen Lohn gemeint, so hätte seine Fassung dies zum Ausdruck bringen müssen und sicher auch gebracht. Uebrigens bilden einen Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung die Erläuterungen des Bundesrates zu dem von ihm veröffentlichten Entwurfe des Statutes einer Orts- und Vertriebskrankentafel. Anmerkung 2 zu § 18 des ersteren sagt nämlich ausdrücklich: Unter den Worten „ihres durchschnittlichen Tagelohnes“ ist nicht der allgemein oder klassenweise festgesetzte Durchschnittslohn, sondern der Durchschnitt des von dem betreffenden Mitgliede wirklich verdienten Tagelohnes zu verstehen, und Anmerkung 1 zu § 12 des Normalstatutes für Betriebskrankentafeln stellt fest: Die Kürzung wegen Doppelversicherung tritt lediglich nur so weit ein, als die Gesamtunterstützung an Krankengeld den Betrag des durchschnittlichen

Tagelohnes des in Frage stehenden Mitgliedes — nicht desjenigen durchschnittlichen Tagelohnes, der den Maßstab des Krankengeldes bildet — übersteigt.

Das wilde Amerika und das sozialpolitische Deutschland geben augenblicklich zu einer drahtigen Gegenüberstellung Anlaß. Unser sozialpolitischer Kurs ist bekanntlich seit Jahren ins Stocken geraten, die „volle Kompottschüssel“ hat uns im vergangenen Jahre vollends den Glauben genommen, daß für absehbare Zeit eine größere Fruchtbarkeit auf diesem die breite Volksmasse so intensiv berührenden Gebiete zu erwarten wäre. Das Antigenewerkschaftsgesetz hat nun den letzten Optimisten zu einem Schanzseher verwandelt. Unter den vielen schwebenden Fragen ist auch die des gesetzlichen Lohnfundamentes schon lange an der Tagesordnung, und seit dem Kampfe in Grimnitzham um den Lohnfundament ist diese Forderung nur noch aktueller geworden. Sebel sagte in Dresden, wir wären trotzlos, wenn wir erst einmal die zehnstündige Maximalarbeitszeit von Geseht wegen hätten, und in der Tat wäre das im Allgemeinen auch ein großer Fortschritt, wenngleich auch der „Vorwärts“ in seinem Briefe an die Berliner über den neuen Tarif meinte, die Buchdrucker würden im Jahre 1911 bzw. 1912 die letzte größere Gewerkschaft sein, die um eine kürzere Arbeitszeit wie neun Stunden kämpfen müßte. Wie man jenseits des großen Teiches über die Frage der Arbeitszeitverkürzung denkt, gibt uns jetzt eine Postkarte Roosevelt's an den amerikanischen Senat und das Repräsentantenhaus zu erkennen, in der das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit eine besondere Rolle spielt. Im einzelnen erklärt der Präsident für notwendig, ein Gesetz betreffend die Begrenzung der Arbeitszeit der Eisenbahnangestellten. Das Ziel der Gesehtgebung im allgemeinen müsse, soweit angängig, die allgemeine Einführung des achtstündigen Tages sein; soweit derselbe bereits gesetzlich festgelegt, müsse für strenge Einhaltung der Bestimmungen gesorgt werden. Die Postkarte empfiehlt weiter eine eingehende Untersuchung über die Verhältnisse der Frauen- und Kinderarbeit, eine wesentliche Erweiterung des Arbeitgeberhaftpflichtgesetzes und Verabschiebung der Vorlage betreffend obligatorische behördliche Untersuchung von Bundes wegen bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nach Art des letzten Kohlenarbeiterausstandes. In den Jahren 1880 bis 1900 seien 450 Millionen Dollar direkt und mehr noch indirekt durch Ausstände und Ausperrungen verloren gegangen, von denen viele durch die Tätigkeit eines Einigungsaußschusses hätten vermieden werden können. Weiter wird die Notwendigkeit einer progressiven Erbschaftsteuer und einer progressiven Einkommensteuer — in Deutschland bei denen von Besitz die unerhörtesten Forderungen — sowie eine Kontrolle über die Trusts gefordert, damit diese nicht allgemein schädlich wirken, was im Grunde genommen aber die uralte Forderung dieser riesenhaften Kapitalkonzentrationen ist. Die allgemeine Einführung des achtstündigen — Himmel, welcher Abstand zwischen Deutschland und Amerika!

Ein Protest gegen die Erhebungen der Berliner Handelskammer über die Heimarbeit faßten die Heimarbeiter und -arbeiterinnen Berlins aller Branchen in sieben Versammlungen. Jene Statistik sei nichts anderes als eine Tendenzschrift gegen jede Einschränkung der Ausbeutung der Heimarbeiter und -arbeiterinnen.

Vom Kölner Schwurgericht wurde der Schumann Weiß, der bei einem Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Schutzleuten im Vororte Wickendorf den Arbeiter Berngen erschoss, auf Antrag der Staatsanwaltschaft freigesprochen.

Vater und Sohn als Streikbrecheragent standen kürzlich vor dem Schöffengericht in Dresden. Bei dem Sohne ist das allerdings nicht ganz zutreffend, der brave Julius hatte sich nämlich aus dem Staube gemacht und war nicht aufzufinden. Als Anfang dieses Jahres ein größerer Schuhmacherstreik in Dresden ausgebrochen war, machten die zwei einen Fabrikanten das Angebot, für ihn Arbeitswillige zu besorgen, sie würden aus Westpreußen ganze Trupps zur Stelle bringen. Der Vater begnügte sich mit einem Vorhauße von 300 Mk., der Junge brachte und erhielt aber mehr, nämlich 500 Mk. Nun ging es an die Verhinderung der Werbegelder, eine andre Bestimmung und Verwendung fand sich ja nicht dafür. Der ältere Streikbrecheragent, ein Wertmeister, erhielt einmonatigen Gefängnis wegen Unterschlagung, der Sohn blieb noch ungefangen, dieweil er noch nicht gefangen.

## Briefkasten.

H. N. in Köln: Wenden Sie sich an das Tarifamt unter genauer Darlegung der üblichen Arbeitszeit, ob sie häufig verschoben wird oder nicht, und in welcher Zahl Ueberstunden vorkommen. In solchen Fragen verweigern wir prinzipiell eine Antwort, da wir nicht die kompetente

Stelle dafür sind. Besten Gruß! — R. T. in Köslin: Abgelegt aus den in der heutigen Rundschau bekannt gegebenen Gründen. — F. T. — e in Berlin: Nein! 6,45 Mk. — U. L. in Plauen: Von den „Typographischen Gesellschaften“ darf doch nicht in diesem Umfange resp. mit solchen nichtstiftenden, niemand außer Plauen interessierenden Einwendungen Mißbrauch mit dem „Korr.“ getrieben werden. Der „Korr.“ ist doch ein Gewerkschaftsblatt und kein Organ für Besprechung von Rundsendungen. — Schr. in Hannover: Ihre für das Verbandsstatut reorganisatorischen Vorschläge können Sie in einer Versammlung des Ortsvereins Hannover machen. In den Abdruck Ihrer häßlichen Lössen ist nicht zu denken.

## Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorferstraße 13, I. Fernspr.: Amt VI, 11191.

### Abresenveränderungen.

**Bruchsal.** Vorsitzender: Wilhelm van der Mäsen, Pfeilerstraße 7; Vertrauensmann: E. Seiler, Klosterstraße 11.

**Reg.** Vorsitzender: Rud. Voß, Scheffelpfad 19, I; Kassierer: F. R. Böller, Oberaalstraße 27, III.

**Münster i. W.** (Drucker- und Maschinenmeister-Club.) Vorsitzender und Kassierer: Paul Wild, Leichstraße 9, III.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In **Augsburg** der Seher Joh. Nep. Voisinger, geb. in Grafenau 1888, ausgl. daf. 1905; war noch nicht Mitglied. — In **Dillingen** der Seher Ferdinand Pfleger, geb. in Dillingen 1869, ausgl. daf. 1885; war noch nicht Mitglied. — In **Landshut** der Schweizer-

degen Max Petruschka, geb. in Ratibor 1872, ausgl. in Gleiwitz 1892; war noch nicht Mitglied. — In **Memmingen** der Seher Otto Schantini, geb. in Jhenhausen 1889, ausgl. daf. 1905; war noch nicht Mitglied. — In **München** die Drucker 1. Franz Xaver Gruber, geb. in Schwanndorf 1868, ausgl. in München 1877; war schon Mitglied; 2. Hans Rabenstein, geb. in Bayreuth 1883, ausgl. in München 1901; war noch nicht Mitglied. — In **Nürnberg** die Seher 1. Jos. Stegmeyer, geb. in Spalt 1877, ausgl. in Landsbad 1895; 2. G. Regler, geb. in Nürnberg 1883, ausgl. daf. 1901; waren schon Mitgl.; 3. der Maschinenseher Joh. Bapt. Pfad, geb. in Brud bei Erlangen 1873, ausgl. in Erlangen 1891; war schon Mitglied; 4. der Segelmaschinenmechaniker Oswald Meier, geb. in Leipzig-Vollmarzdorf 1883, ausgl. in Leipzig 1902; war noch nicht Mitglied. — In **Regensburg** der Seher Peter Prem, geb. in Sallern 1889, ausgl. in Stabtamhof 1906; war noch nicht Mitglied. — Jos. Seitz in München, Auenstraße 22, I.

In **Breslau** der Seher Paul Duest, geb. in Breslau 1887, ausgl. daf. 1905; war schon Mitglied. — Herm. Gärtel, V., Friedrichstraße 100a, II.

In **Brieg** der Seher Max Koroll, geb. in Brieg 1887, ausgl. daf. 1906; war noch nicht Mitglied. — Adolf Müller in Reiffe, Friedrichstraße 39, II.

In **Dresden** der Seher Karl Barthel, geb. in Dresden 1886, ausgl. in Weißer Hirsch 1904; war schon Mitglied. — In **Grimma** der Seher Albert Adler, geb. in Mühlhausen 1887, ausgl. in Berga a. d. E. 1906; war noch nicht Mitglied. — In **Neupetersdorf** der Drucker Oskar May, geb. in Tröbsdorf 1886, ausgl. in Halle a. d. E. 1905; war noch nicht Mitglied. — H. Steinbrück in Dresden, Mathildenstraße 7, I.

In **Gummersbach** der Seher Jos. Braun, geb. in Geibach (Kreis Wipperfurth) 1876, ausgl. in Hückeswagen 1893; war schon Mitglied. — In **Koblenz** der Drucker Albert Walther, geb. in Wöllnitz 1862, ausgl. in Leipzig 1880; war schon Mitglied. — In **Steg-**

**burg** der Seher Georg Kalm, geb. in München 1886, ausgl. daf. 1904; war schon Mitglied. — Th. Walbus in Bonn-W., Burggartenstraße 14.

In **Barcel.** der Seher Stanislaus Pfägel, geb. in Kofschim (Provinz Posen) 1882, ausgl. daf. 1890; war schon Mitglied. — J. Roth in Oldenburg, Wodstraße 13.

In **Krefeld** der Schweizerdegen Heinrich Efers, geb. in Krefeld 1886, ausgl. daf. 1906; war noch nicht Mitglied. — In **Dülken** die Seher 1. Heinz Antkäs, geb. in Dülken 1860, ausgl. daf. 1876; 2. Aug. Siebels, geb. in Dülken 1861, ausgl. daf. 1879; waren noch nicht Mitglieder. — In **M. = Gladbach** die Seher 1. Ludwig Speen, geb. in Odenkirchen 1889, ausgl. daf. 1906; 2. Wilh. Vorsch, geb. in M. = Gladbach 1888, ausgl. daf. 1905; 3. der Drucker Paul Janzen, geb. in Wierfen 1888, ausgl. in M. = Gladbach 1906; waren noch nicht Mitglieder. — Gustav Wurmman in Krefeld, Blumenstraße 94.

### Arbeitslosenunterstützung.

**Bingen a. Rh.** Dem Seher Georg Hofbauer aus Bad Riffingen sind auf der Reise von letztgenanntem Orte nach hier sämtliche Zeugnisse abhanden gekommen. Sollte jemand dieselben vorzeigen, dann wolle man dieselben abnehmen oder diesbezüglichen Bescheid an den Kollegen R. Laßky hier selbst, Kaufhausgasse, gelangen lassen.

### Versammlungskalender.

**Augsburg.** Versammlung Samstag den 15. Dezember, abends 8 Uhr, im „Wurggarten“.

**Bischofsweiden.** Versammlung Mittwoch den 12. Dezember, abends 8 Uhr, im Max Müllers Restaurant.

**Breslau.** Versammlung Mittwoch den 12. Dezember, abends 8 Uhr, in der „Stala“, Nikolaistraße.

**Leer i. Ohre.** Versammlung Sonnabend den 15. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal.

**Tüchtige Katalogsetzer**  
für sofort gesucht. Werte Offerten mit Angabe der bisherigen Tätigkeit erbeten an  
[336]  
**F. A. Seiler, Dessau,**  
(Abteilung Druckerei).

Goeben erschienen:  
**Deutscher Buchdrucker-Kalender 1907**  
Herausgegeben von Ludwig Rehhäuser.  
Preis 1 Mark, im Buchhandel 1,50 Mark.  
Der Versand der bereits bestellten Exemplare erfolgt zurzeit. Weitere Bestellungen nehmen entgegen  
**Radelli & Hille.**  
Leipzig, Salomonstraße 8.

Zuverlässige **Höhheobler** sowie **Kompletzgießer** in System Astenanfertigung in **W. Gronau** Schriftgießerei, Schönberg, Berlin.

In **Süddeutschland** suche ich **FAKTOR** zu vermic als **FAKTOR** zu ändern.  
Sicher in Disposition, gewandt im Kundenverkehr, tüchtig in Satz- und Drucktechnik modernster Arbeiten, Plattenschnitt und Zeichnung. Beste Zeugnisse. Werte Offerten unter „Vertrauensstellung 335“ an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Weihnachtsgeschenke** für strebsame Gehilfen und Lehrlinge:

**Lehrbuch für Schriftsetzer.**  
Von Alex. Waldow. 2. Ausgabe. Geh. 5 Mk. Das Buch gibt in gedrungener Form eine leicht verständliche Darstellung des gesamten Druckereibetriebes, unter besonderer Berücksichtigung der Setzarbeiten. Viele Anregungen und nützliche Winke, die dem Gange der Darstellung angeschlossen sind, haben dem Buche in Setzereisen große Verbreitung geschafft. 1934  
Verlag von Julius Mäser in Leipzig-R.



**Hochwichtig für jeden Buchdrucker!**  
**DAS ZEICHNEN UND ÄTZEN**  
belehrt sich ein soeben erschienenes Lehrbuch, welches auf etwa 300 Seiten 8° an der Hand zahlreicher ein- und mehrfarbiger Beispiele die für den Buchdrucker unumgänglich notwendigen Zeichen- und Ätztechniken in leichtverständlicher praktischer Form schildert; ferner ist der Verkehr mit dem Zinkographen, das Retuschieren, die für den Buchdrucker vorteilhaften Übertragungen von Zeichnungen (direkt, Kopieren, Umdruck) und schließlich eine einfache, rasch und gut arbeitende Ätzmaschine, das Prägeplattensetzen u. v. n. erschöpfend behandelt. Verleger ist Josef Müller-Aggenroth, Ätzdruckerei in der k. u. k. Hofbuchdruckerei V. Hornyánszky. Preis in eleg. Leinwand, 3 Mk. u. 25 Pf. Porto, 6 Expl. 15 Mk. Müller's Graphischer Verlag, Budapest, Arad utca 14.

**17 verschiedene Festabzeichen** von 10 Pf. bis 1,15 Mk.  
— Illustrierte Preisliste umsonst. —  
**Graph. Verlagsanstalt, Halle a. S.**

**Verein Berliner Korrektoren.**  
Vorstand: Georg Müller, S 14, Alte Jakobstraße 71. Kassierer: Alwin Genermann, SO 38, Bäckersstraße 12.  
Arbeitsnachweis: Buchdrucker J. Schilling, S 14, Alte Jakobstraße 65. Fernspr.: Amt IV, 7919.  
**Versammlung:** Sonntag den 16. Dezember, abds. 7 Uhr, in „Graphischen Vereinshaus“, Alexandrinerstraße 44. Tagesordnung: 1. Neuaufnahme; 2. Vereinsmitteilungen; 3. Die Einführung der neuen Tarifbestimmungen; 4. Berichtsbendes. (Nach der ordentlichen Versammlung: Sitzung der Vertrauensmänner.) (Vorstandssitzung 5 Uhr.) Die Mitglieder werden höflich ersucht, vollständig zu erscheinen. Der Vorstand. [329]

**Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona.**  
Dienstag den 18. Dezember, abends 8 Uhr, in **Süßes Etablissement, Valentinskamp.**  
**Mitgliederversammlung.**  
Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Antrag des Vorstandes: Gewährung von Weihnachtsgeldern an Konventionslose, Invaliden und Witwen; 3. Aufstellung von Kandidaten zur Wahl eines Tarifschiedsgerichtes: a) in Hamburg, b) in Altona. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand. [337]

**Stiedertafel Gutenberg von 1877, Hamburg.**  
Sonntag, 6. Januar 1907, in „Sagebiels Etablissement“ (Weißer Saal):  
**Weihnachtsfeier für Kinder.**  
Aus dem Programme: **Kasperletheater, Kinderaufführung** (Weihnachtsmärchen: Was die Tannengeteifer flüsteren), **Diöfop.**  
Anmeldung der Kinder erbittet bis zum 3. Januar. Der Vorstand. [330]

**Sie werden dringend gebeten,** Ihre Bestellung auf den neuen Jahrgang (der „Typographischen Jahrbücher“ sofort aufzugeben, da nur bei rechtzeitiger Aufgabe eine prompte Lieferung sämtlicher Kunstbeilagen garantiert werden kann. Preis pro Heft nur 50 Pf. Alle Buchhandlungen und Vertreter nehmen Bestellungen entgegen. [278]

**Zur gefälligen Beachtung!**  
Meinen werten Kollegen zur Nachricht, daß ich in Berlin N. Gaudystr. 35 (5 Minuten vom Bahnhof Schönhauser Allee), ein Familienrestaurant (täglich Unterhaltungsmusik) eröffnet habe. Da die Räume des Lokals den neuesten Anforderungen entsprechen und ich auf peinlichste Sauberkeit und gute Speisen und Getränke halte, bitte ich, mich in meinem Unternehmen gütlich unterstützen zu wollen.  
In der Hoffnung, auf das geschätzte Wohlwollen der Kollegen vertrauen zu können, erlaube ich mir, dieselben nach ihrer Angewohnheit zu einem Besuche einzuladen, und zeichne mit kollegialstem Grusse  
**Theodor Stütje.** [328]

**TECHNIKUM FÜR BUCHDRUCKER**  
Beginn des nächsten Kursus am 1. Jan.  
Lehrplan: Werk-, Zeitungs-, Inseratensatz, Akzidenzsatz von einfacher bis schwieriger Art, Farben- und Formenlehre, Zeichnen (Skizzieren), Tonplattenschnitten, Drucktechnik. Die Arbeiten des Korrektors und Faktors, Kalkulation von Drucksachen, Vorträge über Kunstgeschichte, Maschinen- und Papierwesen, Reproduktions-Verfahren, Werk-, Illustrations- und Farbendruck in ihrem Zusammenhang mit der Leitung der Buchdruckerei usw. Der Unterricht ist ein theoretischer und praktischer. Prospekt durch die Geschäftsstelle Leipzig-R., Senefelder-Strasse 13-17.

**Nidel, Talmi u. Goldkett.**  
von 3 Mk. bis 25 Mk.  
— Illustrierte Preisliste umsonst. —  
**Graph. Verlagsanstalt, Halle a. S.**

**Stuttgarter graph. Versandhaus**  
Th. Leibius, Gutenbergstr. 4  
gegründet 1882. Telefon 470.  
empfehlen sämtl. Buchdruckerei-Utensilien, Setzerlinsen, blaue Schutzanzüge, farb. Schmucksachen und Gutscheinbriefe etc.  
— Preisliste gratis und franko. —

**Rid. Augustin, Berlin** (691)  
Grantsstraße 103, nahe der Lindenstraße.  
Saal (200 Personen). **Rezeptionszimmer.**  
Mittagstisch 60 Pf. mit Bier. Tel. Amt IV 5652.

**Richard Häfel, Leipzig-R.**  
(Inhaberin: Klara verw. Häfel)  
Kohlgrabenstrasse 45  
liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Bestellungen um direkt per Postanweisung erbeten. Aus der **Gyldenris-Sammlung** der Bibliothek des Berufsvereins der Deutschen Buchhändler, 65 meist unverdientliche Blätter auf 50 Tafeln in gr. 4°, 8 Mk.  
**Minimal-Druckpreis-Zarif** für das deutsche Buchdruckgewerbe nach Bestimmungen für das Zeitungsvertrieb. Punkte neu bearbeitete Auflage. 2 Mk.  
**Die Zeitungsvertrieb.** Kritik beleuchtet von Zeitungsred. 80 Pf.  
**Farbenlehre für Buchdrucker**, von Mäser. Mit einem 18teiligen Farbentriebe und gegen 600 Farbbeimischungen. Geb. 5 Mk.